E 219 49

Der Westen

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft "Der Westen", bestehend aus der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach - Stiftung, mit dem Sitz in Stuttgart, hervorgegangen aus dem Bund der Elsässer und Lothringer e.V., und dem Bund Vertriebener aus Elsaß - Lothringen und den Weststaaten e.V., sowie der Erwin von Steinbach - Stiftung, Frankfurt/Main.
Anschrift: Barbarossastraße 14, D-73066 Uhingen Verkaufspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten.

ISSN 0179 - 6100 April - Juni 2004 51. Jahrgang, Nummer 2

Auf den Punkt gebracht ...

Nationalisten, Autonomisten, Zweisprachige ...

Das Ergebnis der französischen Kommunalwahlen hat aufhorchen lassen: Die meisten Stimmen erhielt der französisch-nationalistische „Front National" im Elsaß. Sein elsässischer Ableger „L'Alsace d'abord" hatte schon jahrelang als einzige der in der Pariser Zentrale wirkenden politischen Kräfte mit zweisprachigen Handzetteln und anderen Werbemitteln geworben! Sind damit viele Elsässer zu französischen Super-Nationalisten geworden? Das fragten sich schon in den Sechziger- und Siebzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts manche Beobachter, als viele Elsässer gaullistisch wählten. Freilich sind Städte wie Straßburg und Mülhausen türkisch bzw. nordafrikanisch „eingefärbt". Vor dreißig Jahren waren es die aus Algerien vertriebenen „pieds noirs", die sich besonders gerne zwischen dem Rhein und den Vogesen niederließen. Von deutsch-elsässischen Nationalisten dagegen habe ich schon lange nichts mehr gehört. Sie sind mit der „épuration" auf der Strecke geblieben oder haben sich gewandelt. ...
Was hat es aber mit den Autonomisten auf sich, die u.a. von Monsieur Grossmann immer wieder zitiert wurden? Während in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen die meisten Elsässer autonomistisch eingestellt gewesen sein dürften - man denke nur an die großen Versammlungen zur Zeit des Colmarer Prozesses gegen die Heimattreuen -, sind es heute nur sehr kleine Kreise, die sich als „Autonomisten" bezeichnen. Sie fordern damit regionale, darunter auch sprachliche Rechte, wie sie in einem föderalistischen, demokratischen Staat in Europa selbstverständlich sein dürften. Verteufelt werden sie als „boches", „Nazis" oder gar „Separatisten", ohne daß dies aufgrund eines Parteiprogramms oder von Äußerungen belegt würde. Zudem kämpft eine autonomistische Publikation wie die immer dünner werdende Zeitschrift „Rot un wiss" ums Überleben.
So bleiben aber die wackeren „Zweisprachigen": Sie wollen, daß neben dem Französischen auch das Deutsche als „Sprache unseres Nachbarn" oder als dialektophone Ausprägung nicht ganz untergeht. So freuen sie sich halt auch, wenn es wenigstens ein „Münschtergassel" neben einer „rue de la Cathédral" gibt. Suevicus

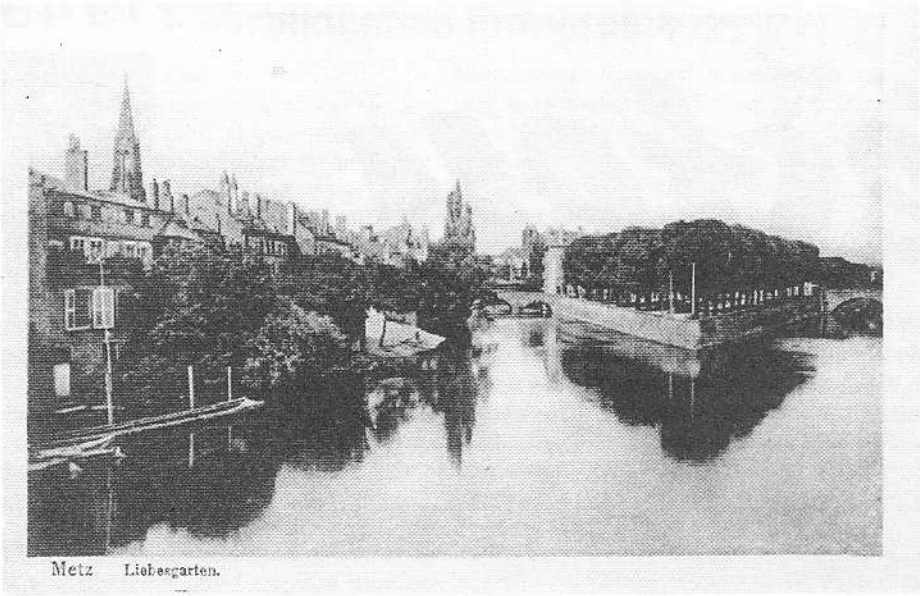
Schändung und Schande

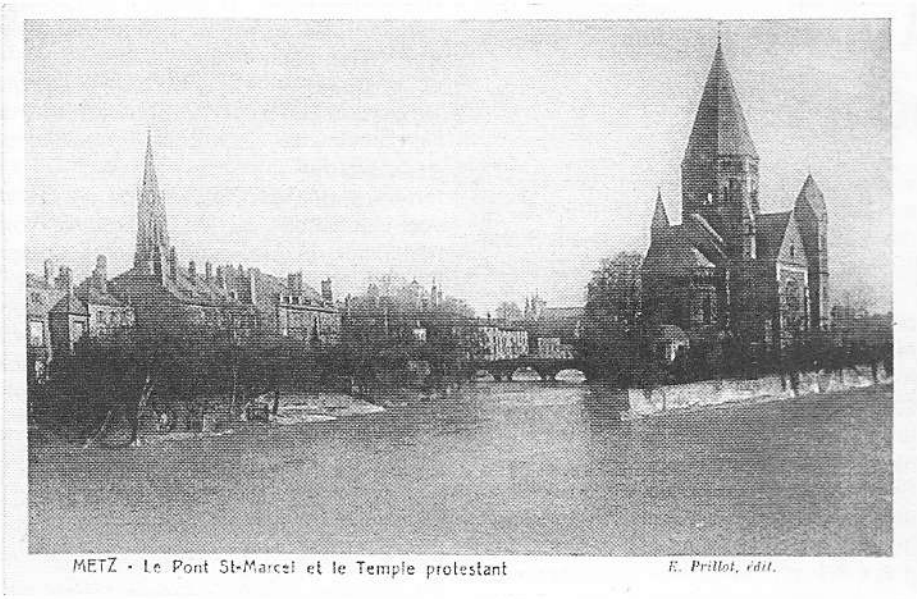
Der jüdische Friedhof von Herrlisheim bei Colmar wurde in der Nacht zum 1. Mai von bisher unbekannten Tätern (die Behörden halten den Plural für wahrscheinlich) geschändet. Dabei wurden Grabsteine mit in roter Farbe aufgesprühten Hakenkreuzen versehen, gelegentlich fanden sich auch Parolen wie „Ein Volk, ein Reich, ein Führer"; ein hebräischer Gedenkstein wurde mit einem Hakenkreuz, der Parole „Juden raus" und dem Datum „30. 04. 1945" (Hitlers Todestag) verunstaltet. Macht schon die büromäßig geübte Monatsbezeichnung „04." mißtrauisch, so scheint eine andere Hinterlassenschaft der Täter sowohl mit größerer Wahrscheinlichkeit dagegen zu sprechen, daß es sich um deutsche (man weiß bei der heutigen Kenntnis von Rechtschreibung und Grammatik jedoch nie) Urheber handelt, wie auch eher darauf hinzudeuten, daß die Urheberschaft von Neonazis nur suggeriert werden soll: zwei schwarzrotgoldene Fahnen, davon eine mit der gesprühten Aufschrift „Sieg für unser Führer". Schwarzrotgold deutet nicht gerade auf Neonazis. Noch eine zusätzliche geistige Verwirrtheit oder nur eine plumpe Provokation?
Der Herrlisheimer jüdische Friedhof war bereits 1992 verwüstet worden, damals wurden annähernd zweihundert Grabsteine umgeworfen. Kurz vor der neuesten Untat waren an einer Straßenbrücke nahe Herrlisheim neonazistische Parolen entdeckt worden.
Innerhalb weniger Tage wurde die Untat von Herrlisheim zu einem Ereignis von nationaler, ja fast schon internationaler Bedeutung aufgebauscht, fiel sie doch passend - zufälig oder nicht - mit anderen politischen Aufwallungen zusammen. Zwei Tage zuvor war es in der Pariser Nationalversammlung zu einem beispiellosen Eklat gekommen. Der frühere Innen- und derzeitige Finanzminister Sarkozy beschuldigte die Sozialisten, unter ihrer früheren Regierungsverantwortung sei in den USA der Eindruck entstanden, Frankreich sei ein antisemitisches Land. Ihm, Sarkozy dagegen, hätten jüdische Organisationen für seinen entschlossenen Kampf gegen den Antisemitismus gedankt. Hinter den Kulissen wurden noch Gerüchte und Verdächtigungen ausgestreut, die die Sozialisten als Rassisten und Antisemiten brandmarken sollten.
Anlaß für diese Auseinandersetzung bot die Frage eines sozialistischen Abgeordneten nach den Gründen für eine kostspielige Amerikareise des Ministers. Sarkozy konterte spitz, er sei von amerikanischen jüdischen Organisationen eingela-

Fortsetzung auf Seite 2

Jahresversammlung 2004
Wichtige Änderung

Die für den 12. Juni 2004 angekündigte diesjährige Jahresversammlung unserer Gesellschaft muß aus organisatorischen Gründen **auf den Herbst verschoben** werden. Die Einladung erfolgt rechtzeitig. Wir bitten, die plötzlich notwendig gewordene Verschiebung zu entschuldigen.





Metz, die Spitze der Weideninsel (Liebesgarten) vor und nach dem Bau der ev. Kirche (links ist der Turm der Garnisonskirche zu erkennen). Siehe den Beitrag auf Seite 3.

Schändung und Schande

Fortsetzung von Seite 1

den worden, die ihn für sein Engagement gegen den Antisemitismus geehrt hätten. Das, so goß der Minister Öl ins Feuer, wäre seinem sozialistischen Vorgänger niemals passiert - und entfachte damit einen riesigen Tumult in Nationalversammlung und Medien und einen lauten Skandal.

In diese Auseinandersetzung platzte passend die Schmiererei von Herrlisheim, die zu einer riesigen Bedrohung heranwuchs und angeblich alten Ungeist wiederbelebte. Man muß allerdings noch hinzufügen, daß sich seit längerer Zeit antisemitische Vorfälle in Frankreich häufen - Schmierereien, Friedhofsaktionen, Attentate auf Synagogen und andere jüdische Einrichtungen - die aber bisher immer auf das Konto islamischer Nordafrikaner in Frankreich gebucht wurden, die ihre Wut über die israelische Politik gegen die Palästinenser abreagierten. Gegen diese Entwicklung war der weiland Innenminister Sarkozy mit demonstrativer Härte vorgegangen. Und nach Herrlisheim rief Premier Raffarin für den 6. Mai zu einer „ökumenischen Kundgebung" von Juden, Christen und Muslimen in Colmar auf.

Der Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung" hatte am 3. Mai noch gerätselt, wer der oder die Urheber der Schmierereien seien und Aufklärung vom Gutachten eines Graphologen erhofft. Am 5. Mai wußte er aber bereits, wie die Herrlisheimer Friedhofsschändung in das Profil des französischen - oder eher deutschen? - Antisemitismus paßte. Seine Analyse sei wegen ihrer voreingenommenen Klischeehaftigkeit hier zitiert. Eine ausführliche Widerlegung erscheint nicht notwendig, der Korrespondent fabuliert zu offenkundig und wirft Tatsachen und Mutmaßungen in einen Topf, vergißt die Evakuierung von 1939/1940, die dem Holocaust zunächst und oft dauerhaft die potentiellen Opfer entzog. Der Wahrheit halber sei aber hinzugefügt, daß kenntnislose Auslandskorrespondenten üblicherweise das weiterkauen und hinausposaunen, was sie in den Medien ihres Berichtslandes aufsammeln. Darf man ahnen, daß des Korrespondenten Quellen jedes mundartliche, jedes deutsche Wort und jede halbwegs autonome, gar geschichtskundige Regung in den Topf des „Neonazismus" rührten?

In der „Süddeutschen Zeitung" stand also über die unbekannten und so zweifelhaft schwarzrotgoldenen Täter zu lesen: „Das waren keine verblendeten jungen Leute aus der *banlieue* gewesen, keine Halbwüchsigen, die sich als Stellverteter-Krieger ihrer muslimischen Glaubensgenossen in Gaza oder im Westjordanland fühlten, sondern kühl kalkulierende Nazis. Die Hakenkreuze und die Parolen auf den ehrwürdigen alten Grabsteinen des Friedhofs von Herrlisheim wurden offenkundig in aller Ruhe und mit Gelassenheit hingepinselt. Selbst zwei deutsche schwarz-rot-goldene Fahnen hatten die Täter hinterlassen. Dazu die Sprüche des deutschen Unmenschen, von „Juden raus" bis „Ein Volk, ein Reich, ein Führer".

Herrlisheim ist ein beschaulicher Ort im Elsass, nicht weit von Colmar. Juden waren dort schon seit zwei Jahrhunderten ansässig, der alte Friedhof stammt vom Beginn des 19. Jahrhunderts. Einst lebten dort 300 Juden, heute sind es zwei, drei von 1.800 Einwohnern. Juden haben im Elsaß früh Zuflucht gefunden, aber neben republikanischer Eintracht war der Landstrich nicht frei von Judenhass. Und in den Jahren der deutschen Besetzung gab es Helfer, die sich als Deutsche fühlten. Auch heute gibt es noch eine nazistische Nostalgie, die es Unverbesserlichen erlaubt, junge Neonazis zu rekrutieren. Mindestens jeder fünfte wählt die Nationale Front. Die Friedhofsschänder propagierten denn auch ein „IV. Reich" in einem ihrer Hass-Sprüche."

Ach, Herr Korrespondent! Wie bitte passen Le Pens Frankonationalismus (und -chauvinismus) und der Wunsch nach einem „IV. Reich" auch nur irgendwie zusammen? Hund und Katze friedlich vereint? Herr Korrespondent! -er

ISSN 0179-6100

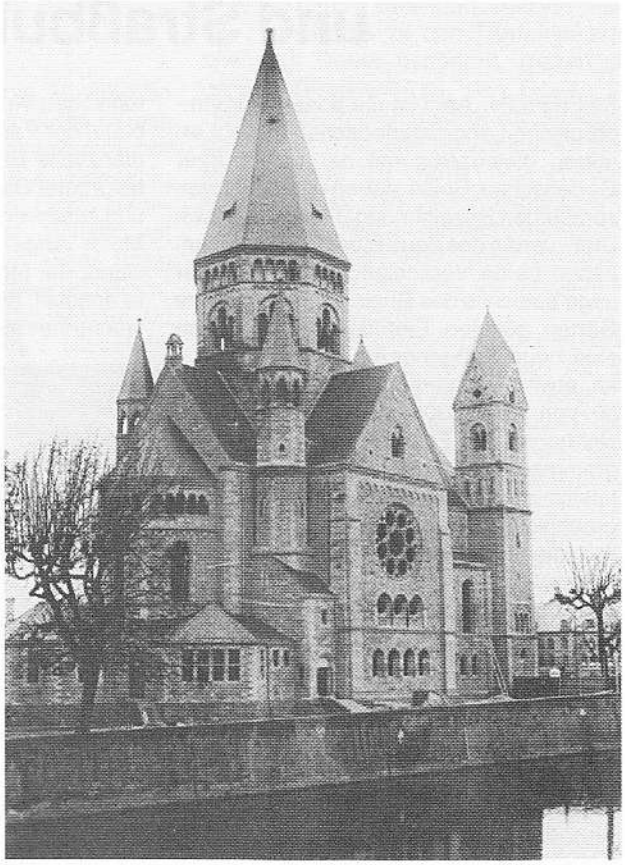
DER WESTEN, herausgegeben von der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach-Stiftung e.V., Geschäftsstelle: Barbarossastraße 14, D-73066 Uhingen. Konto: Postbank Stuttgart 370 15-708 (BLZ 600 100 70). Redaktion und für den Inhalt verantwortlich: Dietrich Pfaehler.

Druckerei Leibold GmbH,
Karlsruher Str. 46
76287 Rheinstetten-Forchheim

Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage dieser Ausgabe liegen ein Überweisungsformular bei.

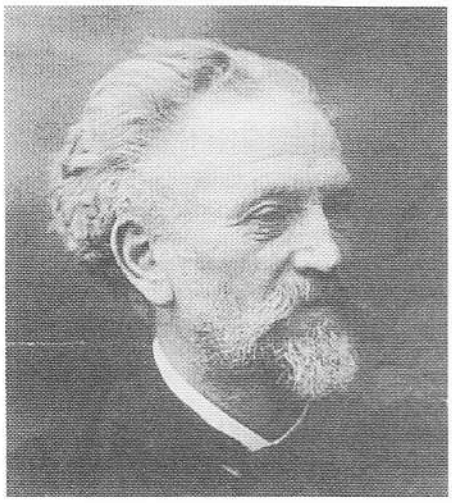
100 Jahre neue evangelische Kirche in Metz

Zum Jubiläum am 14. Mai 2004



Für die evangelische Kirchengemeinde der Stadt Metz wie für das junge "Reichsland Elsaß-Lothringen" war der 14. Mai 1904 ein denkwürdiger und freudenreicher Tag, brachte er doch der schnell angewachsenen Gemeinde die Erfüllung eines lange ersehnten Wunsches: den Besitz eines eigenen würdigen Götteshauses.

Wie war es nun endlich dazu gekommen? - Nach den Stürmen der Französischen Revolution war für die Protestanten in ganz Frankreich eine neue Epoche angebrochen. Die Zeit der Verfolgungen und der Drangsale war beendet. Es war nun möglich, öffentlich protestantische Gottesdienste abzuhalten und eigene Gotteshäuser zu besitzen. So wurde denn auch um das Jahr 1803 der kleinen protestantischen Gemeinde der Stadt Metz die alte und turmlose Trinitarierkirche überlassen, die mit ihren 350 Sitzplätzen der Gemeinde genügend Platz bot. Nach den Jahrhunderten der Verfolgung war das wahrhaftig ein ermutigender Fortschritt.



Karl Octave Bloch (von 1882 - 1926 ev. Pfarrer in Metz) hielt bei der Einweihung die Festpredigt

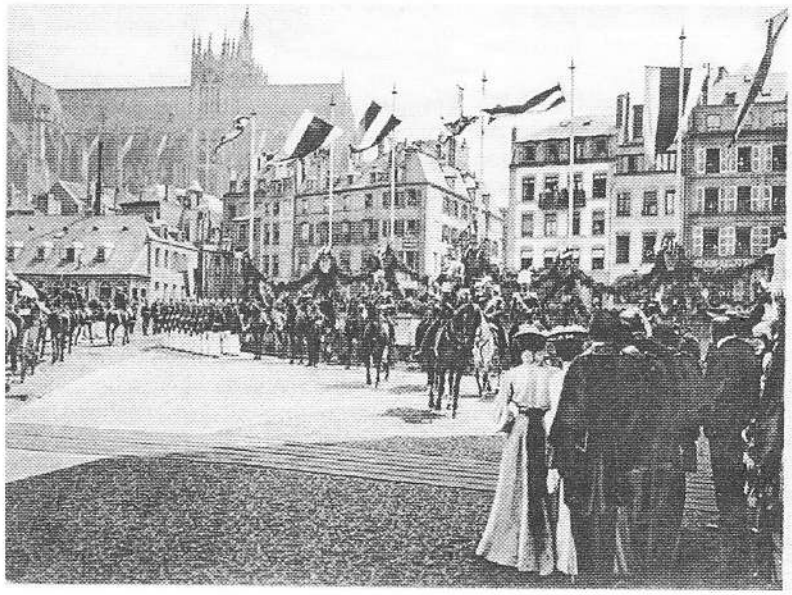
Der Ausgang des "Deutsch-Französischen" Krieges von 1870/71 brachte der evangilischen Gemeinde der Stadt eine entscheidende, aber auch problematische Wende. Durch enorme Zuwanderung aus allen deutschen Ländern des Kaiserreiches wuchs die Zahl der Protestanten in Metz von etwa 800 im Jahre 1871 auf über 8.000 Personen im Jahr 1885 an, in knapp 15 Jahren hatte sich die Zahl der Gemeindeglieder verzehnfacht. Die Stadt Metz, die seit 1552 und besonders nach dem Jahr 1648 zunehmend eine französische Stadt geworden war, befand sich auf dem Wege, wieder eine deutsche Stadt zu werden. Kaiser Wilhelm I. ließ für die starke Garnison seiner westlichen Grenzstadt mit der ev. Garnisonskirche ein eigenes Gotteshaus erbauen, von dem heute nur noch der stattliche Turm zeugt.

Die evangelische Gemeinde der Stadt selbst aber hatte bei ihren Bemühungen um ein neues, repräsentatives Gotteshaus ganz erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, bis sie sich im Jahre 1899 einen idealen Bauplatz für ihr Bauvorhaben erkämpft hatte. Dieser Bauplatz lag keineswegs im Bereich der niedergelegten Festungswälle, dem wilhelminischen sogen. "Neuen Viertel", sondern im Zentrum, im Herzen der Stadt. Dieser Platz an der Spitze der "Kleinen Weideninsel", der an den Opernplatz mit dem Stadtheater anschließt, nannte und nennt man auch den "Liebesgarten".

Am 25. November 1901 wurde im Beisein des Kaiserlichen Statthalters der Grundstein der Kirche gelegt, und bis zum Frühjahr 1904 wuchs ein stattlicher Bau empor, aus massigen grauen Sandsteinquadern im neuromanischen Stil errichtet. Der Grundriß zeigt ein kurzes Langhaus, schmale Seitenschiffe und ein Querschiff. Über der Vierung hebt sich ein achteckiger Turm, zwei Fronttürme rahmen den dreiportaligen Eingang.

Am 14. Mai 1904 konnte in Gegenwart Kaiser Wilhelms II. und seiner Gemahlin, Kaiserin Auguste Victoria, die feierliche Einweihung stattfinden.

Inzwischen sind 100 Jahre vergangen. In dieser Zeit durchliefen das Land, die Stadt und die Gemeinde eine äußerst wechselvolle Geschichte, bedingt durch das verhängnisvolle Gegeneinander der französischen und der deutschen Nationalinteressen. Zum Glück erleben wir heute, daß dieses Gegeneinander einem Miteinander gewichen ist. Wir wünschen, daß das Jubiläum der Gemeinde Impuls, Anstoß und Ermutigung für die Zukunft sein möge und wünschen ihr für diesen Weg Gottes reichen Segen. Hans Fischer



Der Verfasser unseres Beitrags ist ein Enkel von Karl Octave Bloch, der von 1882 bis 1926 an der Metzer evangelischen Gemeinde als Pfarrer wirkte und der 1904 auch die Festpredigt beim der feierlichen Einweihungsgottesdienst hielt.

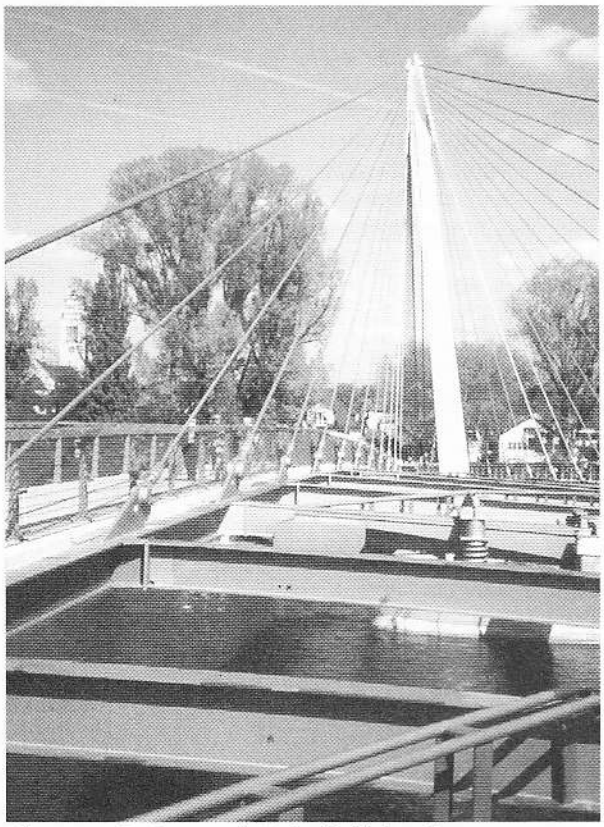
Landesgartenschau in Kehl und Straßburg

Seit dem 24. April ist die baden-württembergische Landesgartenschau in Kehl eröffnet, gleichzeitig mit der Straßburger Gartenschau. Beide stehen unter der zweisprachigen Bezeichnung „Garten der zwei Ufer - Jardin des deux Rives". Gemeinsam haben beide Veranstaltungen außer der Lage beidseits des Rheins, einer für beide Gärten gültigen Eintrittskarte vor allem eine neue Fußgängerbrükke, etwas Fährverkehr und 50 von rund 3000 Veranstaltungen des Festivalprogramms. Jede Gartenschau besitzt sogar ein eigenes graphisches Symbol. Lediglich die katholischen und evangelischen Kirchen des Elsaß und Badens bieten ein gemeinsames Veranstaltungsprogramm im gemeinsamen Garten/Jardin; für ihre Veranstaltungen „ankert" eine „Arche" am Kehler Ufer unweit der Fußgängerbrücke.

Wie der Singular in der Benennung der Gartenschau(en) zeigt, war die ganze Angelegenheit ursprünglich als eine grenzüberschreitende Einrichtung zweier Nachbarstädte geplant gewesen. Dieser Vorsatz wurde aufgegeben, als es nach der Abwahl der sozialistischen Stadtregierung in Straßburg und dem Amtsantritt des Duos Keller/Grossmann (vor allem des Letztgenannten) zu Mißhelligkeiten, Mißverständnissen, Eifersüchteleien und verbalen Attacken und Entgleisungen kam. Die neue Mannschaft in Straßburg meinte, alles anders machen zu müssen als ihre sozialistischen Vorgänger.

Auf diese Weise entstanden zwei Gartenschauen, deren gartenbauliche Gestaltung aber doch noch die ursprüngliche gemeinsame Idee einigermaßen erkennen läßt, auch wenn Robert Grossmann mit der Anordnung „Jeder macht seinen eigenen Garten" einen Trennungsstrich gezogen hatte. Den Trennungsstrich ignorierten andere, z.B. die Teilnehmer der grenzüberschreitenden Städtetage, mit denen bei der Eröffnung am 24. April die Partnerstädte Gengenbach und Oberehnheim den Anfang machten.

In Kehl wurden 8 Mio. Euro investiert, in Straßburg entstand für 14 Mio. Euro der mit 34 Hektar größte Park der Stadt. Kehl bietet eine traditionelle deutsche Landesgartenschau mit den üblichen gärtnerischen Superlativen und dem üblichen eher volkstümlichen Kulturprogramm. In Straßburg bietet der Park zum Thema „Wasser" viele glanzvolle Effekte, darunter Einzelgärten bekannter Gartenplaner, 19 Europagärten und zuallererst eine halbkreisförmige, 250 Meter lange und 5 Meter hohe Wasserwand, der tagsüber die Sonne Lichteffekte entlockt, die nachts mit künstlichen Beleuchtungsspektakeln hervorgerufen werden. In Straßburg findet man in den Monaten der Öffnung neben volkstümlichen Programmteilen auch zahlreiche Veranstaltungen französischer Hochkultur; der Etat dafür liegt mit 3 Mio. Euro weit über dem eher zeitgemäß sparsamen deutschen Kulturetat.



Die neue Fußgängerbrücke Kehl-Straßburg

Der gemeinsame Garten bleibt noch bis zum 10. Oktober geöffnet (9.30 Uhr bis zum Einbruch der Dunkelheit, die Kassen schließen um 19.00 bzw. am Wochenende um 21.00 Uhr). Vom 1. Juli bis 29. August ist das Gelände täglich bis Mitternacht geöffnet (Kassenschluß um 21.00 Uhr).

Aventis

Der (nur) mit seiner kleinen Hauptverwaltung seit 1999 in Straßburg ansässige deutsch-französische Pharmakonzern Aventis, hervorgegangen aus der Fusion von Rhone-Poulanc mit den Resten der zerschlagenen deutschen Hoechst AG, hatte nur ein kurzes Leben.

Unter kräftiger industriepolitischer Mithilfe der Pariser Politik übernahm das kleinere französische Pharmaunternehmen Sanofi die größere und wirtschaftlich gesündere Aventis AG. Für Paris lag es im „nationalen Interesse", daß der so entstehende größte Pharmakonzern Europas unter französischer Führung stehe. Nachdem die wirtschaftlich perspektivlose Sanofi SA. zur eigenen Rettung den Versuch gestartet hatte, die stärkere Aventis zu übernehmen, schien am Ende die Basler Novartis AG als der neue rettende Partner für Aventis festzustehen, bis dann Paris sein „nationales Interesse" ins Spiel brachte und Druck ausübte. Die Chefs von Aventis gingen mit den üblichen fetten Prämien von Bord.

Die Berliner Politik hatte dem dreimonatigen Kampf um Aventis wenig interessiert zugesehen. Nachdem das Glanzstück französischen Staatsdirigismus vollbracht war, brachen aus dem deutschen Kanzler die üblichen Reflexe der Wut aus Enttäuschung und plötzlicher Sorge um die Arbeitsplätze in den deutschen Zweigwerken hervor.

Tomi Ungerers Elsaß

„Mein Elsaß" nennt sich eine Ausstellung mit rund 70 Arbeiten des 1931 in Straßburg geborenen Künstlers Tomi Ungerer, der mit seinen Werken seit Jahrzehnten ein ebenso kritisches wie liebevolles Bild seiner Heimat verbreitet.

Die kritischen Zeichnungen und Karikaturen - kritisch mitunter mit Trauer, immer ohne Häme - befassen sich mit dem aktuellen Bild, das das Elsaß von sich hat: ein kleiner Landstrich zwischen zwei Mächtigen, die es zu zertreten versuchen und ihm seine Identität rauben wollen. Als Folge dieser Perspektive kreidet Ungerer den Elsässern an, sich auf sich selbst in eine Verteidigungsstellung zurückzuziehen, die Realität zu verdrängen, behäbig und regungslos zu sein und die Vergangenheit zu verklären.

Diese deutliche und dennoch unaggressive Kritik zeigt sich gut in Ungerers Version des Narrenschiffs, das von fröhlichen Weintrinkern im Narrengewand wohin auch immer gerudert wird, Würste flattern als Fahnen und Segel, Brezeln dienen als Schilde und selbst die als Begleitung fliegenden Raben tragen Narrenkappen (und Weinfäßchen am Band um den Hals).

Die andere Seite Tomi Ungerers (die dritte, die derb-erotische, ist in der Ausstellung mit wenigen Beispielen präsent) ist auch vertreten. Als er vor rund 25 Jahren einige Zeit in den USA lebte, hat ihn Heimweh dazu gebracht, das Elsaß mit wunderschönen, romantischen Zeichnungen zum „Großen Liederbuch" des Zürcher Diogenes-Verlags auch ein wenig zu verklären - aber nicht zu verkitschen.

Die Ausstellung mit den Arbeiten Ungerers, hergeliehen aus Straßburger Museen und aus einer Privatsammlung ist in der „Caricatura" im Kulturbahnhof in Kassel noch bis zum 31. Mai zu sehen. Eine Fortsetzung an anderen Orten Deutschlands wäre wünschenswert.

Der elsässische Zehnstädtebund (Dekapolis)

Nachdem schon Kaiser Friedrich II. aus universalpolitischen Gründen gewisse Rechte an die Landesfürsten abgetreten hatte, zerbrach die Reichsgewalt mehr und mehr im Endkampf der Staufer unter seinem Sohn, König Konrad IV. Wer Machtmittel besaß, konnte nicht nur staufisches Hausgut, sondern auch Reichsgut an sich bringen. Der unbeschränkten Expansion der Landesstaatsgewalt stand nichts mehr im Weg. Der dem König unmittelbar unterstellte Dienstadel (Ministeriale) fühlte sich davon ebenso bedroht wie die Städte auf Reichgsgrund. Um dieser Gefahr zu begegnen, wurden Ritter- und Städtebünde gegründet. Diese Organisationen gaben sich immer reichstreu, waren jedoch vorrangig darauf bedacht, ihre Rechte zu sichern und nicht unter die Gewalt neuer Herren zu kommen.

Mittelalterliches Städtewesen

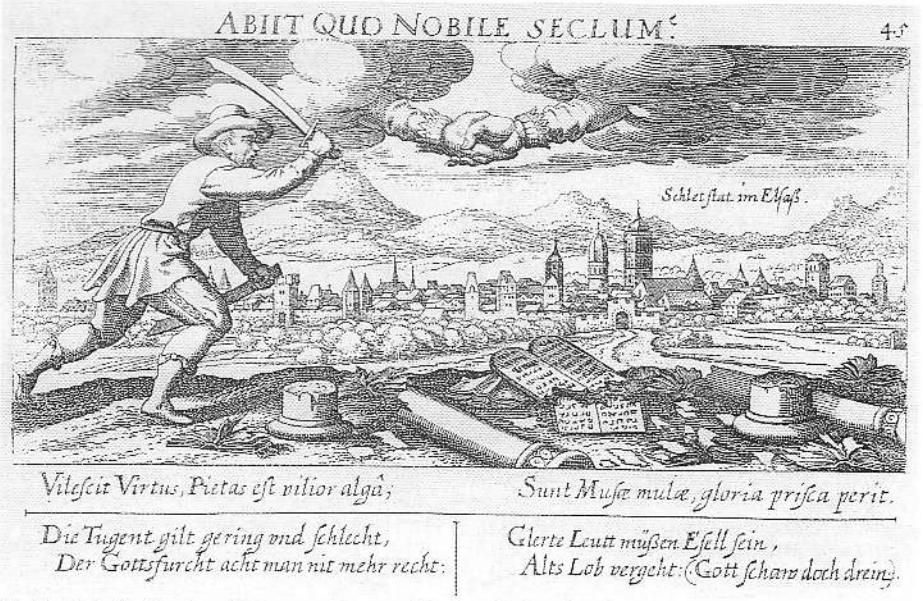
Die Städte waren Orte, die hauptsächlich von Handel und Gewerbe lebten. Da waren einmal die aus den Römerstädten hervorgegangenen Orte am Rhein wie Straßburg, Mainz oder Köln. Es entstanden auch Städte aus Kaufmannsniederlassungen im Anschluß an Burgen und Klöster. Größere Bedeutung erlangten zunächst nur die am Fernhandel beteiligten Städte. Die Masse der Kleinstädte waren die kleinen Ackerbürgerstädtchen, die hauptsächlich von der Landwirtschaft lebten und nur infolge Verleihung einzelner Privilegien durch die Grundherren zur Stadt erhoben wurden. Jede Stadt gehörte dem, auf dessen Grund sie stand. Sie war also nicht frei und nicht selbständig. Königliche Städte waren die auf Reichsgut gelegenen Gemeinwesen. Sie hatten sich meist schon in staufischer Zeit und danach noch mehr von der durch den königlichen Beamten (Burggraf oder Schultheiß) ausgeübten Herrschaft schrittweise befreit und wurden schließlich zu Reichsstädten (z. B. Hagenau, Rosheim). Auch manchen Bischofsstädten gelang im Laufe der Zeit die Befreiung von der bischöflichen Herrschaft. So konnte die Bürgerschaft von Straßburg ihre Auseinandersetzungen mit dem Bischof durch einen Sieg in der Schlacht bei Oberhausbergen 1262 erfolgreich beenden und die Reichsunmittelbarkeit erlangen.
Die große Mehrzahl der Städte war und blieb unter der Hoheit geistlicher oder weltlicher Landesherren.

Städtebünde

Mit dem Untergang der Stauferherrschaft zerfiel auch das Herzogtum Schwaben-Elsaß. Konradin (1252-68), der letzte Herzog, hat das Elsaß nie betreten. Die größten Grundherren im Land, der Graf von Habsburg und der Bischof von Straßburg, waren nun die maßgebenden Machthaber. Von ihnen fühlten sich die königlichen (freien) Städte bedroht. So wurde bereits im Jahr 1250 ein Bund oberrheinischer Städte gegründet, dem u.a. Breisach, Rheinfelden, Zürich und im Elsaß Hagenau, Kaysersberg, Kolmar, Schlettstadt und Mülhausen angehörten. Diese Städte betonten ihre Treue zu Kaiser und Reich, verwahrten sich aber gegen jegliche Art von Ansprüchen der Fürsten. Dieser ersten Städteverbindung folgte bald eine umfassendere Organisation.

Der große Rheinische Städtebund von 1254

Zur Wahrung des Landfriedens und der Beseitigung der zahlreichen Zölle wurde nun ein großer Städtebund gebildet, dem sich auch bedeutende Städte wie Worms, Mainz und Köln und viele andere Städte am Rhein anschlossen. Allerdings konnte man nicht verhindern, daß dem Bund auch Fürsten und Herren beitraten. Auf diese Weise wurde ein Gegensatz in den Bund hineingetragen, der bald zu Differenzen und zu seinem Ende führte (1257). Immerhin hatte diese kurze Zeitspanne gezeigt, daß es in den Reichsstädten ein Bürgertum gab, das sich den Grundherren ebenbürtig fühlte und nicht geneigt war, sich jenen zu unterwerfen.
Als Rudolf von Habsburg 1273 zum deutschen König gewählt wurde, errichtete er zur Sicherung, Wiedergewinnung und Verwaltung des Reichsguts Landvogteien. Im Elsaß war es die Reichslandvogtei in Hagenau. Die Reichsstädte hatten durch ihren Rat dem Reichslandvogt zu huldigen und empfingen dafür dessen Schutzeid. Der Reichslandvogt führte das Kommando über die ganzen reichsstädischen Truppen und war befugt, bei Unruhen und Verfassungskämpfen ordnend und schlichtend einzugreifen. Ferner hatte er das Recht, die Reichssteuern zu erheben und zu verwalten. Das Verhältnis der Reichstädte zu den Territorialherren blieb auf Dauer gespannt. Neben den großen Gebietsherren, den Grafen von Habsburg und dem Bischof von Straßburg gab es im Oberland noch kleinere Herrschaften wie die Herren von Horburg-Reichenweier, die Rappoltsteiner oder die reichsunmittelbaren Abteien Murbach und Münster. Im Unterland waren es die Herren von Lichtenberg und die reichsunmittelbare Ritterschaft.
Die Reichsstädte mußten nach dem Ende des Interregnums erfahren, daß von der neuen Reichsgewalt nicht nur Schutz zu erwarten war, sondern bisweilen auch Gefahr drohte. Wenn nämlich der König die Verpfändung reichsunmittelbarer Gebiete als Mittel der Schuldenbegleichung für geboten hielt, konnten auch Städte an Territorialherren ausgeliefert werden. Angesichts dieser Gefahr schlossen sich 6 von 10 elsässischen Städten der Reichslandvogtei 1342 zur Wahrung der Reichsfreiheit und der Privilegien zu einem Landfriedensbündnis zusammen, das 1346 erneuert wurde. Der politische Wille der elsässischen Reichstädte kam aber bereits beim Konflikt des Kaisers Ludwig (1314-1347) mit dem Papst zum Ausdruck. Sie erklärten nämlich zu der von den Kurfürsten in Rense (bei Koblenz) 1338 beschlossenen reichsrechtlichen Regelung für die Königswahl - der mehrheitlich gewählte König bedarf keiner päpstlichen Bestätigung - ihren förmlichen Beitritt. Sie bewiesen damit ihre politische Handlungsfähigkeit als reichsständische Vereinigung.



Schlettstadt, Kupferstich aus „Das politische Schatzkästlein" von Daniel Meisner und Eberhard Kieser, Frankfurt am Main 1625-1631

Gründung des Zehnstädtebundes am 23. September 1354

Auf Bitten der Städte Kolmar, Mülhausen, Münster, Türkheim, Kaysersberg, Schlettstadt, Oberehnheim, Rosheim, Hagenau

Fortsetzung auf Seite 6

Der elsässische Zehnstädtebund

Fortsetzung von Seite 5

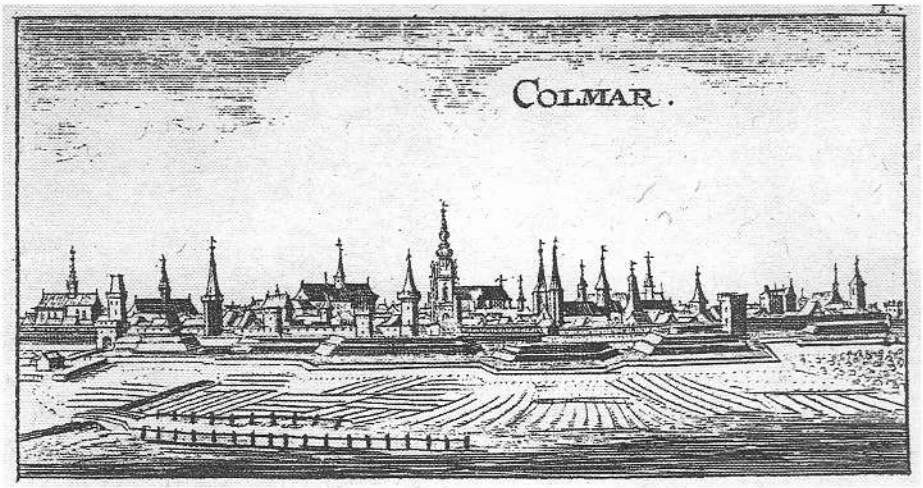
und der im Speyergau gelegenen Stadt Weissenburg setzte Kaiser Karl IV. am 23. September 1354 den Zehnstädtebund (später „Dekapolis" genannt) in Kraft. Die Städte verpflichteten sich, Konflikte untereinander gütlich zu bereinigen, bei äußeren Schwierigkeiten zusammenzustehen und dem Kaiser bis zu dessen Tod die Treue zu halten. Der neue Bund wurde formell dem Reichslandvogt unterstellt. Im Jahr 1358 trat die Stadt Selz dem Bund bei und blieb bei der Vereinigung bis zum Übergang der Stadt an die Kurpfalz im Jahr 1409. Die auch im Speyergau liegende Stadt Landau trat dem Bund 1511 bei, während Mülhausen 1515 wegen des Anschlußes an die Eidgenossenschaft ausschied. Straßburg, eine der größten und mächtigsten Städte im Reich, schloß sich dem Bund nicht an.

Der Zehnstädtebund wurde von Kaiser Karl IV. 1378 auf Antrag seines Sohnes Wenzel aufgelöst, nachdem dieser 1377 in den Pfandbesitz der Reichslandvogtei Hagenau gelangt war. Aber bereits 1379 wurde der Bund der Städte ohne kaiserliche Zustimmung erneut begründet. In Straßburg, das dem Bund weiterhin fernblieb, erneuerten die zehn Städte 1418 den Bund und erhielten von Kaiser Sigismund (1410-1437) die Zusage, sie auf ewig beim Reich zu behalten. Während der elsässische Zehnstädtebund auch im 15. Jahrhundert funktionsfähig war und sich allein dem Reich gegenüber verpflichtet fühlte, verlor die oft verpfändete Reichslandvogtei ihr Ansehen als Vertretung des Reiches. Das Bündnis der zehn Städte erwies sich als ein stabilisierendes Element in dem von vielen Fehden der einheimischen Dynasten erschütterten Elsaß. Allerdings war die Macht der Städte zur Abwehr fremder Eindringlinge nicht ausreichend. So mußte das Elsaß 1369 und 1375 zwei verheerende Einfälle des Enguerrand de Coucy erleiden. Der pikardische Fürst, Schwiegersohn des Königs von England und Enkel des Herzogs Leopold I. von Östereich, wollte im Elsaß strittige Erbansprüche gewaltsam durchsetzen. Seine Kriegshaufen, die „wilden Engländer" genannt, zogen damals plündernd durch das ganze Elsaß. In den Jahren 1439 und 1444/45 kam es im Elsaß zu den verheerenden Raubzügen der französischen Söldnertruppen der Armagnaken, wobei das zweite „Auftreten" der berüchtigten Truppe durch ein Hilfeersuchen des Deutschen Kaisers Friedrich III. gegen die aufständischen Schweizer ausgelöst wurde. Auch von den Kriegszügen Karls des Kühnen von Burgund waren die Städte der Dekapolis betroffen. Gegen diese mehrfachen von außen kommenden Bedrohungen wurden zwar in aller Eile unter Einschluß der Städte Bündnisse geschlossen. die aber bei plötzlich auftretender Gefahr mangels einheitlicher Leitung meist unwirksam blieben.

Reformation und Dreißigjähriger Krieg

Wie in den geistlichen und weltlichen Territorien des Elsaß der jeweilige Gebietsherr über die Annahme der Reformation entschied, so gab es auch innerhalb des Zehnstädtebundes unterschiedliche Entscheidungen für oder gegen die Reformation. In den meisten Reichsstädten unterlag die Reformation nach mehr oder weniger schweren Kämpfen. In Weißenburg konnte sich die neue Lehre erst nach 1560, in Kolmar 1575 und in Münster 1569 durchsetzen. Die alte Bendiktinerabtei blieb dort bestehen, aber das Gebiet der freien Reichsstadt Münster ging nach und nach ganz zum neuen Glauben über.

Im Dreißigjährigen Krieg fiel Graf Ernst von Mansfeld nach der Niederlage in der Schlacht am Weißen Berg (bei Prag) in das Elsaß ein (1621) und verließ es erst wieder nach ausgedehnten Plünderungszügen durch das ganze Land. Hagenau und Rosheim hatten darunter besonders zu leiden. Als Mansfeld 1622 wieder abzog, begann auf Veranlassung des Straßburger Bischofs, Erzherzog Leopold von Österreich, eine energische Gegenreformation. Die gewalttätige Rekatholisierung nahm u. a. in Kolmar, Münster, Oberehnheim und Hagenau besonders scharfe Formen an. Als dann 1631 König Gustav Adolf von Schweden mit Frankreich ein Bündnis geschlossen hatte zum Zweck der Restitution der unterdrückten Reichsstände, rückten 1632 schwedische Truppen im Elsaß ein. Die Reichsstädte fielen dann nacheinander in ihre Gewalt. Nach der Niederlage der Schweden bei Nördlingen 1634 zogen die Kaiserlichen gegen das Elsaß und die Schweden übergaben nun den mit ihnen verbündeten Franzosen die festen PLätze des Landes. So kommen u.a. die Reichsstädte Kolmar, Schlettstadt, Kaysersberg, Münster und Türkheim unter den „Schutz" Frankreichs.



Colmar. Kupferstich aus „Geographische Bilder-Lust", Bd. Elsaß, Nürnberg, Riegel, 1752.

Das Ende der Dekapolis

Im Frieden von Münster 1648 erhielt Frankreich die Landvogtei über die zehn Reichsstädte, die bis dahin im Besitz des Hauses Österreich war. Dabei wurde aber die Reichsunmittelbarkeit dieser Städte anerkannt. Das dem König von Frankreich gegenüber den Städten zustehende Souveränitätsrecht sollte ein Schutzrecht ohne Jurisdiktion (Recht der Gerichtshoheit) sein. Aber es war von vornherein klar, daß das königliche Schutzrecht sich in eine Landeshoheit verwandeln sollte. Streit war vorprogrammiert, denn die Städte beharrten auf eigener Gerichtshoheit und der Kompetenz des Reichskammergerichts. Die königliche Regierung ließ diese Fragen geraume Zeit offen und war 1665 sogar mit einer schiedsgerichtlichen Klärung durch den Reichstag einverstanden. Als der Schiedsspruch zugunsten der Städte ausfiel - keine Gebietshoheit des Königs über Reichsstädte - wurde das vom König stillschweigend zur Kenntnis genommen. Nachdem 1667 die spanischen Niederlande niedergeworfen, 1670 Lothringen erobert und 1673 Holland von Ludwig XIV. geschlagen war, sah sich Frankreich als Herr des ganzen Rheingebiets. Nun erschien Louvois mit der Armee vor Kolmar und forderte den Abzug der Geschütze, der Waffen und Munition der stark befestigten Stadt. Die Stadt war machtlos. Was Kolmar widerfuhr, mußten in den folgenden Wochen die übrigen Städte der Dekapolis erleben. Einschneidender als diese Demontage der militärischen Potenz der zehn Städte war das Ergebnis dieser königlichen Aktion Frankreichs. Die Orte hatten ihre Freiheit und Selbständigkeit verloren. Sie waren von nun an französische Städte. Der Zehnstädtebund wurde zwar nicht aufgelöst, war aber bedeutungslos geworden. Im September 1679 durften die ehemaligen Reichsstädte dem neuen Landvogt, Baron de Montclar, den Treueid leisten.

Das Verfahren Frankreichs mit der Dekapolis kennzeichnet die Schwäche des damaligen Deutschen Reiches, ist aber auch eine Folge der Regelungen des Friedensvertrags von Münster 1648. kk

Vorbildliches Frankreich

Die Überschrift ist ernstgemeint. Unsere Zeitschrift steht ja nicht gerade im Ruf schwärmerischer Frankreichanbetung, wie sie in Deutschland verbreitet ist. Gerade deshalb meinen wir, daß man in politischer und anderer Hinsicht von Frankreich manches lernen kann, nicht nur das, mit dem wir uns an dieser Stelle befassen werden.

Deutschland und Frankreich, zwei Länder in der Krise, in wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Turbulenzen: wachsende Staatsschulden, Verletzung der Defizitkriterien der EU, wirtschaftliche Stagnation, geplanter Niedergang der Sozialsysteme, harte Sparmaßnahmen in hektischer Gedankenlosigkeit. Und der Unterschied zwischen beiden Ländern: Die französche Politik, Medien, Öffentlichkeit sind optimistisch, kennen keine Zukunftsangst - Frankreich sieht sich nicht nur durch die bessere Bevölkerungsstatistik, d.h. Geburtenrate gesichert, es verfügt auch über ein ungebrochenes Selbstbewußtsein. Von nun an muß von Frankreich kaum noch die Rede sein, es bildet unausgesprochen die helle Folie, von der sich die Silhouette deutscher Zustände dunkel abhebt.

Standort statt Staat

Diese Silhouette, diese dunkle Kontur verleitet zu dem Trugschluß, als existiere Deutschland noch in der Weise, wie Frankreich oder Großbritannien existieren. Aber ist Deutschland nicht längst in Einzelteile zerlegt worden, von denen die größten solche verräterischen Aufschriften tragen wie „Wirtschaftsstandort", „Investitionsgebiet", „Deutschland AG" oder „Teilchen von Euroland". Aber ist ein Staat („Kulturstaat" wagt man ja kaum noch zu ergänzen) nicht etwas ganz anderes als ein „Standort"? Deutschland steckt in einer tiefen Krise, wirtschaftlich, politisch und geistig! Aber ist die kritisierte Konsumunlust der verdrossenen und zukunftsgeängstigten Deutschen wirklich die Ursache der gegenwärtigen Krise, ist sie nicht vielmehr ein Symptom dieser Ursache?

Selbstgeknüpfte Schlingen

Was soll man von einer Gesellschaft halten, die sich mutwillig von Freihandelsideologen in das Abenteuer der Globalisierung treiben läßt, für jedes nachfolgende immer größere Übel aber die Ausrede parat hat, das sei eben eine Folge der Globalisierung, deren Herausforderung man nun einmal annehmen müsse. So, als handelte es sich hier um eine gottgewollte Plage, an der man nichts ändern könne. Diese Grube ist aber selbstgegraben, der Strick, an dem die zerfallende deutsche Gesellschaft hängt, ist selbstgeknüpft und eigenhändig um den Hals geschlungen. Die politischen und ökonomischen Ratschläge sogen. Sachverstands, die die Deutschen von ihren Multifunktionären zu hören bekommen sind ähnlich sinnreich wie die, die man analog einem in der Realität Gehängten erteilen würde: er solle doch seine Gliedmaßen vom Rumpf und am Ende auch noch den Rumpf vom Hals trennen, das verringere die Zugkraft, die ihm die Luft abschnüre. Wenn am Ende dann nur noch Hals und Kopf in der Schlinge hängen, mag ja die Luftröhre zum Atmen frei sein, aber was soll das dann noch nützten?

Ruckweise fixe Ideen

Mit einer Fülle plappernder Beiträge werden wir seit Monaten und Jahren überschüttet, das reicht von irgendwelchen Aufforderungen zum „Ruck" (vorgetragen mit dem rhetorischen Temperament einer eingeschlafenen Schnecke, aber bis heute von den extrem unkritischen, bloß noch affirmativen Medien immer wieder als hellste Erleuchtung der Epoche zitiert) über die Zumutung eines zukunftsfrohen und konsumfreudigen Optimismus bis zur neuesten Attacke, es seien Ideen notwenig. „Idee" ist aber eine inhaltslose Bezeichnung, und an Ideen fehlt es nun gerade nicht, jede Woche gibt es die wohlfeil im Schock zum Preis für zehn. Menge und Preis sagen etwas über die Qualität, diese Ideen gehören fast alle zu den Sorten „fixe Idee" und „Schnapsidee". Wie sollte das auch anders sein (gleichgültig, welche Partei gerade die Regierungsbank erklettert haben mag).

Hausgemachte Tücken

Und wo sollen Ideen und Rucke herkommen in einem Volk, dessen sich selbst als „Elite" definierenden Führungsschichten ihm einen Aderlaß nach dem anderen zumuten - angeblich völlig ungefährlich und ohne Schaden durchführbar. Angefangen vom Jahr für Jahr überproportional großen Beitrag zum Finanzhaushalt der EU, über sinnlose Rüstungsausgaben und Stationierungen als Tribut an Bündnispartner, über die Notschlachtung der Mark zum Wohle des Euro bis zur jüngsten Osterweiterung der EU, bei der die Angleichung von tausenderlei Regeln von der Art der sprichwörtlichen Gurkenkrümmung bedacht wurde, aber von politischen Versagern (Eidesformel: „Schaden vom deutschen Volke zu wenden") kein Wert auf die existenziell wichtige Gleichwertigkeit der Sozialstandards, der Unternehmens-, Einkommens-, Umsatz- und Verbrauchssteuern gelegt wurde. So kommt es, daß der deutsche Normalbürger mit seinem Geld finanziert, daß hierzulande in epidemischem Umfang Arbeitsplätze gestrichen (das Überleben der „Freigesetzten" zahlt natürlich der deutsche Beitrags- und Steuerzahler) und, letztlich von derselben „Geldquelle" - im Extremfall sozusagen auch noch von den Entlassenen - indirekt bezahlt, in den „Beitrittsländern" neu eingerichtet werden. Zur Belohnung dürfen die subventionierten Arbeitsplatzverlagerer auch noch in diese Niedrigsteuerländer abwandern.

Einzeln mag das alles ja noch einer gesunden Volkswirtschaft zugemutet werden können, zumal der gute Zweck für sich begreifbar scheint. Aber in der längst erreichten Summe wirft die Aneinanderreihung dieser vielen Kleinigkeiten auch das wirtschaftlich gesündeste Land um. Und verschärfend kommt in Deutschland noch hinzu, daß die Ausbringung all dieser selbst gestellten Fallen mit einer Sturzflut in den letzten Jahren immer kritikloser werdender journalistischer Jubelarien begleitet wurde. Im Vergleich aber dazu die französischen Medien, die bei allen ihren Schwächen dennoch im Augenblick über das Geschehen in der Welt umfassender und kritischer berichten.

Wie kann man Optimismus und entschlossenes Handeln von einem Volk erwarten, das sich seiner selbst nicht bewußt und nicht gewiß ist (und nicht sein darf), sich offenkundig aufgegeben hat. Wie anders ist es zu erklären, daß inzwischen in der Werbung wie in der politischen Alltagssprache Kübel von englischen, pseudoenglischen und scheindeutsch verballhornten „englischstämmigen" Vokabeln über einheimische Konsumenten und Bürger ausgeschüttet werden. Großes Entsetzen, weil neuere Befragungen gezeigt haben, daß der größere Teil der Adressaten diese Sprüche nicht oder falsch versteht, während sogar ein kleiner, aber wachsender Kreis entschlossener Widerständler die Urheber dieser Sprüche boykottiert.

Landessprache Englisch?

Selbst ein kläglich gescheiterter Kanzlerkandidat, der sein bodenständiges Eingeborenensein gelegentlich in lächerlichem Loden zu demonstrieren pflegt, arbeitet emsig an seiner zweiten Chance, indem er immer häufiger teils unverstandene, teils unverständliche Anglizismen in seine kunstlosen Verlautbarungen mischt. Nachdem nun schon von seichteren Texten die Rede ist: nur 20 Prozent der in deutschen Sendern erklingenden Unterhaltungsmusik haben mit Ach und Krach deutsche Texte, der große Rest ist fast ausschließlich englischsprachig. Alle Kritik an diesem Zustand wird mit einer Mehrwegstrategie abgewehrt, die für sich spricht. Einmal sind die englischen Texte von angeblich höherer poetischer Qualität - ein Vorurteil, das doch sehr an den Englischkenntnissen seiner Verfechter zweifeln läßt. Ein andermal ist allein Englisch modern und jugendgemäß. Anmerkung: Gestandene Engländer und Engländerinnen zeigen sich dieses englischähnlichen Idioms meist unkundig, beim Enträtseln bemerken sie, im „Nuttenenglisch" nicht firm zu sein.

Es geht nicht nur um Werbung oder Schlagermusik. Man sehe sich nur einmal die Selbstdarstellungen, die Programmentwürfe oder die Aktionen unserer Ministerien an, sei es nun in Berlin oder in den Ländern. Englische Sprachkenntnisse sind

Fortsetzung auf Seite 8

Vorbildliches Frankreich

Fortsetzung von Seite 5

erwünscht. Wer wagt zu entscheiden, ob „German Coast Guard" ein journalistischer Fehlgriff oder eine amtliche Benennung ist? Und die Organisationspläne der Wirtschaftsunternehmen, die Reden und Interviews deutscher Manager? Eine amerikanisierte Pleite und ein unverständliches Kauderwelsch. Wie hausbacken klingt doch „Hausmeister"! Die Titulatur „facility manager" gibt sich dagegen pompös und spart bestimmt 300 Euro Gehaltszulage. Wie bieder erscheint da der betagte Begriff Hofrat - mit einem einzigen Wort kommen seine vergleichbaren zahlreichen anglizistischen Nachfolgetitulaturen bestimmt nicht aus. Nachprüfbar in jeder Zeitungsbeilage mit Stellenanzeigen. Und deutsche Weltkonzerne werben in Deutschland mit englischen Merksätzen, in Frankreich oder Italien aber selbstverständlich in der jeweiligen Landessprache. Weshalb diese Unterscheidung? Die wenigen Werbesprüche, die in Deutschland in deutscher Sprache werben, kommen von einem schwedischen und einem japanischen Konzern!

Vorbild Frankreich

Frankreich als Vorbild? Man denke nicht, alle diese amerikanisierenden Tendenzen gäbe es in Frankreich nicht. Es gibt sie, auch in ähnlich ärgerlicher Weise, in der Unterhaltungsindustrie, teils in den dieser angelehnten Medien, in der Wirtschaft. Aber die Franzosen wehren sich gegen das, was sie an dieser Entwicklung für schädlich halten, schädlich für ihr Franzosensein. Und es wehrt sich der Normalbürger, es wehrt sich die geistige Elite und es wehren sich die Politiker.

Es gibt ein nach dem sozialistischen Innenminister Pasqua benanntes Gesetz, das Anglizismen im öffentlichen Sprachgebrauch (einigermaßen wirksam) untersagt. Es gibt hohe Mindestquoten für französische bzw. europäische Filme in den Kinos, in den Fernsehprogrammen; 60 Prozent der Unterhaltungsmusik im Rundfunk muß französische Texte vorweisen. Natürlich spielt dabei auch wirtschaftlicher Protektionismus eine Rolle, aber das Hauptargument kulturellen Selbstbewußtseins wird mit dieser Feststellung nicht verkleinert.

Wie anders ist die Situation in Deutschland. Wer die Schwemme der Anglizismen beklagt, wird gerne als Spießer lächerlich gemacht und mit diesem „Argument" kaltgestellt. Das sei alles gar nicht so schlimm, es sei immer so gewesen, daß die deutsche Sprache Anleihen in der Fremde genommen habe. Das steht ja außer Zweifel, aber der Unterschied zu heute ist, daß es früher eine Gegenwehr gab, wenn die Fremdenmode zur dauerhaften Flut zu werden drohte. Die damaligen Intellektuellen haben sich gewehrt (Dichter, Künstler und auch die politische Elite, z.B. in den Sprachgesellschaften des Barock). Heute aber soll wehrlose, schlimmstenfalls resignierte Hinnahme der Entwicklung richtig sein, will man nicht als gestrig gelten. Und verstummen die Widerworte trotz des angedichteten Spießertums nicht - irgendein Nazigespenst läßt sich in solchen resistenten Fällen immer noch effektvoll aus irgendeiner Kiste oder Rumpelkammer holen.

Wie aber soll eigentlich ein Volk optimistische, entschlossen handelnde Zukunftsgewißheit zeigen, das sich selbst nichts mehr wert ist? Paßt Pessimismus nicht eher zur Selbstaufgabe? Wie soll sich etwas nach einem ideenreichen Ruck in Bewegung setzen, das sich selbst aufgegeben hat? Wenn sich daran nichts ändert, und der Niedergang ist an der öffentlich gebrauchten Sprache (mit ihrer Schwemme vor allem gesprochener grammatikalischer Fehler auch im deutsch gebliebenen Alltagstext) am besten abzulesen, dann wird in Berlin weiterhin ein Kanzler sitzen, der wie weiland einer seiner Vorgänger auf Rettung hoffend im Bunker sitzt und, abgeschottet von der Realität und zur Tatenlosigkeit verurteilt, in panischer Untergangsstimmung eine immer drängendere Frage stellt. Lautete die damals „Wo steht Wenck?", so heißt es heute „Wann kommt der Aufschwung?". Die Frage wird Tag für Tag erneut gestellt, die Antwort bleibt die gleiche: „Noch immer nicht da.". Das Warten könnte man ja erst einmal damit beginnen, die kulturelle Selbstbehauptung zu üben; die ist ganz billig zu haben. Dann kann Wenck ruhig kommen.

Nachsatz: Ein wenig sind das Elsaß und Lothringen auch im vorhandenen oder fehlenden Selbstbewußtsein präsent. Das Leugnen und Vergessen der kulturellen Tradition und der historischen Überlieferung gehört auch zu dieser Erscheinung. Nun liegt der Fall an Rhein und Mosel etwas anders, Land und Volk blieben zusammen, sie wurden „nur" gründlich verändert. Aber ansonsten teilen das Elsaß und Lothringen das Schicksal mit anderen Regionen außerhalb des restdeutschen Sektors zwischen Rhein und Oder: alles, was außerhalb liegt, wird selbstverleugnend rückwirkend bis zum Beginn der deutschen Geschichte und Kultur ausgegrenzt und vergessen. Wer faselt da, er fürchte ein „IV. Reich"? -er

Hinüber und Herüber

Sprachgrenze Rhein

In der IWZ - Illustrierten Wochenzeitung Nr. 15/ 2004, Verlag IWZ GmbH & Co KG, Postfach 102461, 70020 Stuttgart, erschien ein Beitrag unter der Überschrift „Fabelhafte Reise in die Vogesen". Die Ausführungen, die durch Bilder ergänzt wurden, enthalten folgende Feststellung: „Lange war der Vogesenkamm die Sprachgrenze, die heute weiter nach Osten, zum Rhein verlagert ist.

Daß man sich an diesem Strom nach all den blutigen Erfahrungen der Geschichte keine Trennung, sondern eine Vereinigung wünschte, machte schon 1920 René, Schickele (1883-1940) deutlich, ein im Elsaß geborener Schriftsteller, der deutsche und französische Dichtung zu einigen suchte: „Das Land der Vogesen und das Land des Schwarzwaldes waren wie die zwei Seiten eines aufgeschlagenen Buches; ich sah sie deutlich vor mir, wie der Rhein sie nicht trennte, sondern vereinte, indem er sie mit einem festen Falz zusammenhielt."

Kein Wort wird darüber verloren, daß diese Verschiebung der Sprachgrenze sich erst in unseren Tagen vollzieht, nachdem man erst vor kurzem das vierzigjährige Bestehen des deutsch-französischen Freundschaftspakt gefeiert hat. Kein Wort verliert man über die Tatsache, daß die Sprachgrenze am Vogesenkamm 1500 Jahre Bestand hatte. Spekuliert man auf die geringen Geschichtskenntnisse der lieben Leser oder fürchtete sich der Schreiber des Beitrags, an ein Tabu zu rühren? Ie

Die alten Waldrechte des Dorfes Engenthal

Das Dorf Engenthal, rund 14 Kilometer westlich von Wasselnheim/Wasselonne im Tal der Mossig am Fuße des Schneebergs unweit der lothringischen Grenze gelegen, scheint sich im 17. Jahrhundert aus einem 1509 erstmals urkundlich erwähnten Hof Engenthal der leiningischen Herrschaft Dagsburg entwickelt zu haben. Die Untertanen erhielten, wie häufig im deutschen Rechtskreis, ausgedehnte Rechte im herrschaftlichen Wald. Die ältesten Dokumente darüber sind sechs in der Zeit zwischen 1569 bis 1628 entstandene Waldordnungen, darunter eine am 27. Juni 1513 gemeinsam von den Grafen Johann Ludwig und Philipp Georg von Leiningen-Dagsburg erlassene über Bürgerholzrechte der Leiningischen Untertanen. Sie überstand in der Folgezeit alle Wechselfälle der Geschichte und ist bis heute in Kraft, wenn auch die Auslegung mancher Privilegien im Laufe der Jahrhunderte immer wieder Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen war. Im vergangenen Jahr fand die Verlosung des Bürgerholzes, für die der Martinstag (11. November) vorgesehen ist, in Engenthal am 14. November statt. Ein Los besteht aus 12 cbm Holz (8-12 Bäume). Berechtigt ist nur, wer in dem Ort seinen ständigen Wohnsitz hat und nachweisen kann, daß er von einer Familie abstammt, die seit dem 17. Jahrhundert dort ansässig ist. Das sind zur Zeit 177 Männer sowie 58 Witwen. Die Witwen erhalten ein halbes Los. amg